

II. 1968–1975: Die westdeutsche Konkurrenz als zentrale Herausforderung für die französische Industrie auf dem ostdeutschen Markt

1. Die privatwirtschaftlichen Initiativen

Die Vorsicht, mit der die französische Politik die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur DDR seit dem Ende der 1960er Jahre betrieb, löste bei der französischen Industrie große Ungeduld aus.¹⁹² Als 1969 neue Verträge ausblieben, nahmen die Vertreter der Industrie den Ausbau der Beziehungen selbst in die Hand. Die wohl bedeutendste privatwirtschaftliche Initiative war die Eröffnung eines Büros der französischen Industrie in Ost-Berlin zu Beginn des Jahres 1970. Die von der DDR lancierte Idee einer französischen Handelsvertretung in Ost-Berlin gab es bereits seit längerer Zeit.¹⁹³ Sie wurde jedoch erst Ende der 1960er Jahre von französischer Seite aufgegriffen. Auslöser für das verstärkte Drängen der französischen Wirtschaft waren mehrere erfolgreiche Vertragsabschlüsse im Laufe des Jahres 1968. Zu Beginn des folgenden Jahres hatte daraufhin ein Vertreter des CNCE dem Außenminister vorgeschlagen, ein Büro des CNCE in Ost-Berlin einzurichten. Bislang konnte einem solchen Vorschlag nicht entsprochen werden, da die Nachteile auf politischer Ebene die Vorteile auf wirtschaftlicher Ebene überwogen hätten.¹⁹⁴ Im Kontext der erfolgreichen Verhandlungen über den Verkauf der französischen SECAM-Technologie verschob sich das Verhältnis aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen, traten wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund.¹⁹⁵ Dass der *Quai d'Orsay* die Idee einer Handelsvertretung nunmehr auf ihren praktischen Nutzen hin prüfte, macht deutlich, dass sie in den Bereich des politisch Vorstellbaren gerückt war.¹⁹⁶ Aus Sicht der französischen Militärregierung in Berlin, deren Mitarbeiter bisher für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR zuständig waren, wären die sich aus einem im anderen Teil der Stadt eröffneten Büro ergebenden Verbesserungen allerdings gering gewe-

¹⁹² ANF, 5 AG 2, 69: Note des MinEF, Kabinett, vom 18. 6. 1971: „L'ouverture que nous pratiquons vis-à-vis d'eux doit en fait être tempérée par une retenue et une prudence auxquelles nous conduisent l'état de nos relations politiques avec la République fédérale, mais qui suscite parfois l'impatience de certains de nos hommes d'affaires trop pressés d'aboutir. Cette position semble sinon admise, du moins comprise sans ambiguïté par nos partenaires de la RDA.“

¹⁹³ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Aide-mémoire vom 3. 12. 1965; die Idee war vom Leiter der KfA-Vertretung anlässlich eines Empfangs gegenüber Vertretern französischer Unternehmen lanciert worden.

¹⁹⁴ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Undatierte Note der S/DEUC für das Kabinett [vermutl. Febr./März 1969]; parallel verstärkte auch die DDR ihre Bemühungen in dieser Angelegenheit. Über eine entsprechende Forderung von Walter Ulbricht berichtete sogar *Le Monde* in seiner Ausgabe vom 4. 3. 1969.

¹⁹⁵ Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum Verkauf der SECAM-Technologie (Zweiter Teil, C., II., 1.).

¹⁹⁶ *Ibid.*: Schreiben der S/DEUC, Pagniez, vom 21. 3. 1969 an das GMFB.

sen. Es wurde stattdessen vorgeschlagen, einen Mitarbeiter des CNCE nach West-Berlin zur Unterstützung des dort agierenden Handelsrates zu entsenden.¹⁹⁷ Während die Angelegenheit damit für das Außenministerium zunächst vom Tisch war, behielt sie für die französische Industrie unvermindert ihre Dringlichkeit.

Das Bureau économique de l'industrie française

Anlässlich der Leipziger Herbstmesse 1969 reiste eine Delegation des *Conseil national du patronat français* (kurz CNPF) mit sechs Vertretern der wichtigsten Verbände der französischen Industrie unter Leitung von Georges Villiers, Ehrenpräsident des CNPF, auf Einladung von Gerhard Beil in die DDR. Um auf diese Initiative im Sinne des *Quai d'Orsay* Einfluss nehmen zu können, wurde die Delegation im Vorfeld zu einer Besprechung mit Vertretern verschiedener Ministerien eingeladen.¹⁹⁸ Außerdem wurde ihr während ihres DDR-Aufenthaltes der in Berlin stationierte französische Handelsrat als Begleiter zur Seite gestellt.¹⁹⁹ Dieser berichtete im Anschluss nicht nur vom Interesse der DDR an einem Ausbau der Handelsbeziehungen, unabhängig von der Frage der diplomatischen Anerkennung, sondern auch vom Vorschlag der französischen Delegationsteilnehmer, ein privates Informationsbüro des CNPF in Ost-Berlin zu eröffnen.²⁰⁰ Da die Reise aus wirtschaftlicher Sicht ein Erfolg war, fiel es Villiers umso leichter, die Notwendigkeit dieses Vorhabens gegenüber den zuständigen französischen Ministerien zu begründen.²⁰¹ Aus Sicht der interessierten Unternehmen und Verbände war der Handelsrat in West-Berlin nicht in der Lage, die notwendige persönliche Präsenz in der DDR zu gewährleisten; daneben wurde ein solches Büro mangels konsularischer Vertretung auch als eine Anlaufstelle für die in der DDR im Dienste französischer Unternehmen arbeitenden Ingenieure und Techniker (im April 1970 waren es 45 Personen) angesehen.²⁰² Unterstützt wurde das Vorhaben nicht zuletzt durch die DREE.²⁰³ Nach der auf einer interministeriellen Sitzung im Dezember 1969 erzielten Einigung galt es schließlich nur noch, eine geeignete Form dafür zu finden.

Grundsätzlich fand das Projekt mit Blick auf den Umfang des innerdeutschen Handels auch die Zustimmung des Außenministeriums.²⁰⁴ Man kann sogar an-

¹⁹⁷ Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 31. 3. 1969 an das MAE, DEU.

¹⁹⁸ Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 16. 9. 1969 für die DEU: „Ce voyage du CNPF se justifie par les perspectives offertes à l'industrie française par l'essor économique de la RDA [...].“

¹⁹⁹ Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 19. 9. 1969 an das GMFB.

²⁰⁰ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 27. 9. 1969.

²⁰¹ Ibid.: Note der DAEF vom 19. 12. 1969: „Le voyage d'industriels français a été fructueux et nous a donné une certaine avance, notamment vis-à-vis de nos concurrents occidentaux, et M. Villiers insiste beaucoup sur l'intérêt d'avoir une antenne à Berlin-Est.“

²⁰² CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben der DREE, Collin, vom 22. 4. 1970 für den Handelsrat des GMFB.

²⁰³ CAEF, DREE, B 60398/1: Undatierte Note der DREE für Chapelle: „La multiplication des contacts personnels résultant de l'exécution des contrats de biens d'équipement nécessitera la création d'une antenne française en RDA.“

²⁰⁴ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 19. 12. 1969: „Le contexte politique de cette affaire ne doit pas cacher les soucis de concurrence commerciale de nos interlocuteurs.“

nehmen, dass diese Initiative der französischen Außenpolitik entgegenkam, weil hier für drängende Probleme auf privatwirtschaftlicher Ebene eine Lösung gefunden wurde, wie sie auf offizieller Ebene nicht umsetzbar gewesen wäre.²⁰⁵ Um jeglichen offiziellen Anstrich zu vermeiden, einigten sich die Wirtschaftsabteilung des Ministeriums und der CNPF auf die Eröffnung eines *Bureau de liaison* der am Handel mit der DDR interessierten französischen Unternehmen. Als Leiter sollte das CNCE eine Privatperson auswählen, deren Bezahlung sich CNCE und CNPF zu teilen hätten. Der westdeutschen Botschaft wurde hingegen mitgeteilt, dass weder das Ministerium noch CNCE oder CNPF die Eröffnung einer Handelsvertretung in Ost-Berlin planten, dass man aber der französischen Industrie die Eröffnung eines „Briefkastens“ in Ost-Berlin nicht zu verwehren gedenke.²⁰⁶ Damit versuchte man vor allem, weiterer Kritik der Bundesrepublik aus dem Weg zu gehen, die seit der Intensivierung des innerdeutschen Handels für den *Quai d'Orsay* keine bindende Wirkung mehr hatte.²⁰⁷ Entscheidend war seitdem allein die Frage, ob eine De-facto-Anerkennung ausgeschlossen werden konnte.

Bereits im April 1970 konnte das *Bureau économique de l'industrie française* (kurz BEIF) seine Arbeit aufnehmen. Dass das Büro in relativ kurzer Zeit einsatzbereit war, lag sicher nicht zuletzt an der engen Zusammenarbeit zwischen Gerhard Beil und Georges Villiers, die sich in den vorangegangenen Jahren mangels offizieller Beteiligung an der Leipziger Messe entwickelt hatte. Leiter des Büros wurde niemand anderes als Achille Astolfi, der in den 1960er Jahren zunächst inoffiziell und später offiziell für den CNCE die Leipziger Messe besucht hatte.²⁰⁸ Die Aktivitäten des Büros galten im Wesentlichen drei Bereichen: der Verbreitung von Informationen über die französische Wirtschaft und Technologie, der Marktforschung für französische Unternehmen und ganz allgemein dem Ausbau von Beziehungen in verschiedenen Sektoren, insbesondere der Textilmaschinenindustrie, der Elektrotechnik und der chemischen Industrie. Dazu gehörten auch die Pressearbeit in Frankreich und in der DDR, die Vorbereitung der französischen Präsenz auf der Leipziger Messe sowie die Zusammenarbeit mit den verschiedenen französischen Handelskammern.²⁰⁹ In den ersten Jahren waren die Dienste des BEIF ausschließlich für jene Firmen bestimmt, die sich an der finanziellen

²⁰⁵ CAEF, DREE, B 60400/1: Undatierte Note der FIMTM: „L'un des motifs qui ont présidé à la création d'une telle représentation collective a été de constituer une antenne permanente en RDA pour les professions et entreprises, alors que les conditions politiques du pays empêchent jusqu'à présent les pouvoirs publics français d'y nommer un conseiller commercial et que ses perspectives de développement économique apparaissent importantes.“

²⁰⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 19. 12. 1969: „[...] nous n'envisageons pas d'installer à Berlin-Est un bureau relevant soit du conseiller commercial, soit du CNCE, soit du CNPF, mais que, le cas échéant, si un groupe d'entreprises travaillant en Allemagne de l'Est estimait indispensable de créer un sorte de boîte aux lettres commerciales à Berlin-Est, nous n'aurions sans doute pas l'intention de nous y opposer.“

²⁰⁷ Ibid.; handschriftl. Anmerkung für de Beaumarchais: „Je ne vois aucune raison de retarder cette affaire du bureau à Pankow; la forme choisie respecte tous nos impératifs politiques. Ne nous laissons pas intimider.“

²⁰⁸ Achille Astolfi war als abgeordneter Beamter des französischen Wirtschaftsministeriums zum CNCE gelangt.

²⁰⁹ AMAE, RDA 1961–1970, 3076: Note des Comité France-Europe de l'Est vom 25. 1. 1971.

Ausstattung des Büros beteiligten (pro Firma und Jahr rund 1500 FF).²¹⁰ Dies änderte sich mit zunehmendem Einsatz des CNCE und des französischen Wirtschaftsministeriums.

Die veränderte Einstellung erlaubte es der französischen Außenpolitik in ganz anderem Maße als bisher, auf die Forderungen der französischen Industrie und damit indirekt auch auf die Forderungen der ostdeutschen Seite einzugehen. Zu den schon seit einigen Jahren eingeforderten qualitativen Verbesserungen zählte die Vertragsdauer der bilateralen Abkommen. Im Dezember 1967 war sie erstmals auf zwei Jahre verlängert worden. Im Frühjahr 1969 hatte die DREE dem *Quai d'Orsay* mit einem Verweis auf die günstigen Perspektiven der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen und auf das Potenzial des ostdeutschen Marktes nahegelegt, die DDR von der Bereitschaft zu weiteren Konzessionen in Kenntnis zu setzen.²¹¹ Diese positive und gleichermaßen sehr utilitaristische Einschätzung der Perspektiven spiegelte vor allem das Drängen der französischen Industrie wider, für die die Aussichten auf interessante Vertragsabschlüsse 1969 sehr viel geringer waren als noch im vorangegangenen Jahr. Unter Beibehaltung des bislang gültigen rechtlichen Rahmens wurde im Januar 1970, wenige Monate nach der Regierungserklärung Willy Brandts, ein bilaterales Handelsabkommen zwischen Frankreich und der DDR mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet. Damit wurde die DDR auch in diesem Punkt erstmals den anderen Ostblockstaaten gleichgestellt.²¹² Im Gegenzug sicherte sie in den Vertragsverhandlungen zu, innerhalb der kommenden zwei Jahre Maschinen und Industrieanlagen aus Frankreich im Wert von zwei Milliarden FF zu bestellen, was der seit 1963 betriebenen Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockstaaten entsprach.²¹³

Bereits anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1970 bahnten sich neue und für die französische Wirtschaft interessante Verträge an. Damit diese Verträge jedoch tatsächlich zustande kommen konnten, musste Frankreich zunächst auf internationaler Ebene eine weitere bedeutende Konzession im Handel mit der DDR erwirken, denn der Umfang dieser Verträge erforderte eine Veränderung der Kreditkonditionen.²¹⁴ Besonders hinderlich war die im Rahmen der NATO 1966 vereinbarte Beschränkung von Krediten für die DDR auf eine fünfjährige Laufzeit.

²¹⁰ CAEF, DREE, B 60400/1: Undatierte Note der FIMTM.

²¹¹ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Chapelle, vom 23. 4. 1969 für die DAEF, Brunet: „Les perspectives de développement de nos exportations à l'égard d'un partenaire qui représente en Europe de l'Est le potentiel industriel et commercial le plus important après l'URSS sont incontestablement favorables. C'est dans cet esprit qu'il convient, selon moi, d'envisager la poursuite de nos relations économiques avec l'Allemagne de l'Est.“

²¹² AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 15. 1. 1970; cf. dazu auch ANF, 5 AG 2, 69: Note des MinEF, Kabinett, vom 18. 6. 1971: „Cet arrangement est l'un des premiers accords qui ait été signé entre la RDA et les pays occidentaux. À des différences de forme près, imposées par des raisons politiques, il est semblable dans son esprit et dans sa structure à nos autres accords passés avec les pays de l'Est européens.“

²¹³ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Arrangement commercial vom 28. 1. 1970 sowie der dazugehörige Briefwechsel zwischen dem Chef des services commerciaux, Grangette, und dem Präsidenten der KfA-Vertretung, Murgott.

²¹⁴ Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 27. 4. 1970 für die DEU, Arnaud: „Le problème de crédit à plus de cinq ans à l'Allemagne de l'Est, que nous avons réussi à différer jusqu'à présent, se pose d'une manière inévitable.“

Demgegenüber fiel der Blick des französischen Außenministeriums auf die von der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel gewährten Konditionen, die auch aus Sicht der französischen Politik als eine Verfälschung der Konkurrenzsituation auf dem ostdeutschen Markt betrachtet wurde. Eine Untersuchung des *Crédit Lyonnais* hatte gezeigt, dass die DDR als vielversprechender Absatzmarkt für Maschinen und Industrieanlagen gelten könnte, allerdings nur unter der Bedingung, dass die dafür notwendigen Kredite zur Verfügung stehen.²¹⁵ Auslöser für die dringliche Auseinandersetzung mit dieser Frage war ein Vertrag über die Lieferung von 10 000 Eisenbahnwaggons im Wert von 800 Millionen FF, für die ein Kredit mit einer Laufzeit von sieben Jahren gewährt werden sollte. Diese Verlängerung um zwei Jahre entsprach aus Sicht der Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay* nur einer Anpassung an die aktuelle Situation: Ein Kredit von sieben Jahren im Jahr 1970 sei schließlich kaum vorteilhafter als ein Kredit von fünf Jahren im Jahr 1966.²¹⁶ In volkswirtschaftlicher Hinsicht bestand ein großes Interesse an diesem Auftrag – sicherte er doch 1000 Arbeitsplätze für die Dauer eines ganzen Jahres in der krisengeplagten französischen Eisenbahnindustrie.²¹⁷ Auf politischer Ebene, so Christian d'Aumale, sei die Zeit der Zurückhaltung gegenüber der Bundesrepublik vorbei, es sei vielmehr an der Zeit, an die eigene, seit 1968 defizitäre Handelsbilanz zu denken sowie an die Bedürfnisse der französischen Industrie, deren Zugang zum ostdeutschen Markt bislang aus politischen Gründen und damit zugunsten der westdeutschen Konkurrenz eingeschränkt worden sei.²¹⁸ Nur wenige Wochen nach Unterzeichnung dieses Vertrages im Juni 1970 wurden die Kreditrichtlinien der Europäischen Gemeinschaft für den Handel mit der DDR auf Antrag Frankreichs gelockert. Parallel dazu wurde bereits im Mai 1970 auch die Kreditwürdigkeit der DDR von französischer Seite zu deren Gunsten neu bewertet (COFACE-Klassifizierung). Grundsätzlich wurde zwar die gute Zahlungsmoral der DDR hervorgehoben; problematisch blieb jedoch auch weiterhin, dass Frankreich im Zweifelsfall, mangels diplomatischer Vertretung, nicht in der Lage war, seine Rechte in der DDR geltend zu machen.²¹⁹ Das Beispiel zeigt, dass wirtschaftspolitische Interessen nunmehr über politische Bedenken gestellt wurden.

²¹⁵ CAEF, DREE, B 60398/1: Undatierte Note der DREE [entstanden im Vorfeld des Abkommens vom 28. 1. 1970].

²¹⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 10. 6. 1970 an die franz. Botschaft in Bonn: „Même en admettant qu'une certaine différence de traitement demeure souhaitable pour des raisons politiques, il convient, dans l'appréciation de cette marge discriminatoire, de tenir compte de l'allongement général des conditions de crédit consenties par les pays industrialisés aux pays de l'Est [...]“

²¹⁷ ANF, 19910036, 9: Note des Ministère de l'Industrie, Direction des industries métallurgiques, mécaniques et électriques vom 31. 5. 1970 für den Directeur général de l'Industrie.

²¹⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 10. 6. 1970 an die franz. Botschaft in Bonn: „À ce titre, une modification raisonnable des conditions de crédit à l'exportation [...] contribuera à restaurer l'équilibre de notre balance commerciale avec la RDA, fortement compromise depuis quelques années, tout en donnant un regain d'activité à une industrie et à une région dont la situation suscite certaines préoccupations.“

²¹⁹ Ibid.: Note der DAEF vom 14. 10. 1970.

Die Unterzeichnung des Vertrages fiel zusammen mit der offiziellen Eröffnung des BEIF am 5. Juni 1970 in Ost-Berlin in Anwesenheit des Ministerratsvorsitzenden der DDR Willi Stoph und des Wirtschaftsministers Horst Sölle. Zu dieser Gelegenheit reiste Georges Villiers mit einer Delegation von mehr als einhundert Vertretern der französischen Wirtschaft, unter ihnen auch der Direktor des CNCE, in die DDR.²²⁰ Man kann annehmen, dass bei dieser Gelegenheit zahlreiche Kontakte geknüpft und die neuen Rahmenbedingungen genutzt wurden, um neue Verträge auf den Weg zu bringen²²¹, denn bereits im September 1970 stellte man im *Quai d'Orsay* fest, dass sich die Vorreiterrolle Frankreichs ausgezahlt habe.²²² Für diese Einschätzung spricht auch die Entwicklung der Handelsbilanz, die 1970 wieder ein Plus zugunsten Frankreichs auswies.

Dennoch forderte die DDR eine weitere Verbesserung ihrer COFACE-Klassifizierung vor Ende des Jahres. Auslöser war in diesem Fall ein Vertrag mit Alstom.²²³ Üblicherweise war es das Wirtschaftsministerium, das sich in solchen Situationen für die Belange der betroffenen Unternehmen gegenüber dem Außenministerium einsetzte. Diesmal war es umgekehrt, nicht zuletzt weil die DREE fürchtete, für die anstehenden Verhandlungen einen wichtigen Trumpf zu früh aus der Hand zu geben. Erst auf Intervention von Maurice Schumann akzeptierte Wirtschafts- und Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing eine Einstufung der DDR in die Kategorie 1A – unter der Bedingung, dass diese Neueinstufung erst nach der Unterzeichnung weiterer umfangreicher Verträge im Frühjahr 1971 in Kraft treten solle.²²⁴ Auch die nur sehr zögerlich voranschreitende Aufhebung der Kontingentierung beim Import von Waren aus der DDR war weniger politisch als vielmehr wirtschaftlich motiviert. Die zuständigen Fachministerien fürchteten die Konkurrenz für französische Produkte und eine erneut defizitäre Bilanz.

Im Vorfeld der unter anderem wegen der Erhöhung des Handelsvolumens notwendig gewordenen Verhandlungen über das jährliche Protokoll hatte sich

²²⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 85: Telegramm des GMFB, Toffin, vom 5. 6. 1970; sowie *ibid.*, 84: Note der S/DEUC vom 30. 5. 1970.

²²¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note des Comité France-Europe de l'Est vom 25. 1. 1971: „La présence des hautes personnalités allemandes intronisait publiquement le directeur du Bureau français et devait aussi faciliter par la suite ses contacts avec les différents services: administration, centrales, sociétés de commerce, direction de la Foire de Leipzig.“

²²² AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der DAEF vom 3. 10. 1970 sowie 14. 10. 1970: „Notre position ‚en flèche‘ en matière d'assurance-crédit se situe dans le cadre d'un ensemble de dispositions que nous avons prises afin de favoriser nos relations économiques avec la RDA et pour lesquelles nous avons souvent fait figure de pionniers [...]“

²²³ *Ibid.*: Note der DAEF vom 14. 10. 1970: „Le ministère de l'Économie et des Finances se montre très agacé de cette nouvelle pression exercée par l'intermédiaire des sociétés privées sur des décisions qu'il aura à prendre à la fin de l'année. La Rue de Rivoli est dans ces conditions très opposée à un nouveau reclassement COFACE à la RDA en 1970. La DREE estime également la mesure prématurée.“

²²⁴ *Ibid.*: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 2. 11. 1970 für die S/DEUC: „Quoi qu'il en soit, et grâce à l'intervention du ministre, M. Giscard d'Estaing a renoncé à ses tentatives et a accepté de classer la RDA en 1^{re} catégorie (1A) étant entendu que cette décision ne prendrait effet qu'à la conclusion de contrats d'envergure envisagés pour le printemps 1971.“

Georges Villiers im *Élysée* mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die ostdeutsche Delegation von Gerhard Beil angeführt und das Protokoll für das Jahr 1971 vom Leiter der DREE unterschrieben werden konnte.²²⁵ Dies war wohl auch das Ergebnis eines Berichts, mit dem Jean de Broglie, Präsident des Auswärtigen Ausschusses, nach einem Gespräch mit Beil Druck auf die französische Regierung auszuüben suchte.²²⁶ Mit dem Entschluss, diese Vereinbarung von französischer Seite durch einen Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums – und nicht mehr wie bis dahin üblich durch den Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn – unterzeichnen zu lassen, wurde ein entscheidender Wandel in den französisch-ostdeutschen Beziehungen vollzogen. Unmittelbarer Ansprechpartner war nun nicht mehr die französische Botschaft in Bonn, sondern das Wirtschaftsministerium in Paris. Durch diese obschon in erster Linie symbolische Herauslösung der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen aus dem Kontext der deutschlandpolitischen Aktivitäten der französischen Außenpolitik in der Bundesrepublik wurde ihnen erstmals ein eigenständiger Charakter zugesprochen. Um dennoch die Form zu wahren, ließ man Georges Gorse als Leiter des CNCE das „vertrauliche“ Protokoll unterzeichnen und stattete ihn zu diesem Zweck mit einer Vollmacht des Leiters der DREE aus.²²⁷ Bei den Verhandlungen stellte man zudem eine weitere Aufhebung von Kontingenten im Austausch gegen neue Verträge in Aussicht. Weitere Privilegien, die die DDR für ihre Handelsvertretung gefordert hatte, wurden nicht gewährt.²²⁸

Das *Comité économique France-RDA*

Ein Jahr nach Eröffnung des BEIF und einer Vielzahl von Maßnahmen zur Normalisierung der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bewertete die Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay* deren Entwicklung trotz einer für Frankreich deutlich positiven Handelsbilanz als völlig unzureichend: Weder entsprächen sie der Position der DDR als achter Industriemacht der Welt, noch stünden sie in einem akzeptablen Verhältnis zu den Aktivitäten der Konkurrenten Frankreichs auf dem ostdeutschen Markt. Das Handelsvolumen der fran-

²²⁵ Ibid.: Note der S/DEUC vom 19. 11. 1970 für Arnaud: „La direction des Affaires économiques [...] me précise qu'en fait M. Villiers aurait obtenu à l'Élysée l'assurance que M. Beil pourrait diriger la délégation est-allemande et que du côté français l'accord pourrait être signé par M. Chapelle. M. Villiers aurait fait état de cet agrément auprès de M. Schumann.“

²²⁶ ANF, 5 AG 2, 1009: Note von Lucet vom 4. 11. 1970 für Pompidou: „La RDA serait donc disposée à conclure un accord économique avec la France afin d'éviter l'insertion, qu'elle juge sinon inéluctable, de son économie dans celle de la RFA. M. Beil se plaint amèrement du traitement défavorable imposé par la France à la RDA.“

²²⁷ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Undatierte Note für das Kabinett/MAE [aus dem Zeitraum 14. 12.–18. 12. 1970]; mit einer handschriftl. Anmerkung, dass man sich in einer Besprechung am 14. 12. darauf geeinigt habe, Gorse mit einer Vollmacht von Chapelle auszustatten; cf. *ibid.*: Undatierter Entwurf für einen Brief von Chapelle an Gorse: „Je vous donne instruction de signer ce document en votre qualité de directeur du Centre national du commerce extérieur.“

²²⁸ Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 18. 12. 1970 für die S/DEUC, Boyer.

zösisch-ostdeutschen Beziehungen betrug gerade einmal 7% des innerdeutschen Handels, und selbst gegenüber den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und Schweden befand sich Frankreich im Hintertreffen. Die beträchtliche Steigerung der französischen Exporte im Zeitraum von 1969 bis 1970 um nahezu 140% basierte im Wesentlichen auf Verträgen, die in den Jahren 1967 und 1968 abgeschlossen worden waren. Dazu zählte der Verkauf einer Fabrik zur Herstellung von Polyurethan im Wert von 250 Millionen FF (ENSA) sowie einer Fabrik zur Reifenherstellung im Wert von 75 Millionen FF (Kléber-Colombes). 1970 wurde damit das vereinbarte Handelsvolumen erstmals übertroffen, nachdem die Importe aus der DDR bereits im Zeitraum von 1967 bis 1969 aufgrund der Aufhebung von Kontingenten verdoppelt worden waren. Der leichte Rückgang im Jahr 1970 lässt sich mit der Knappheit landwirtschaftlicher Produkte in der DDR erklären.²²⁹

Seit Anfang 1970 nahm die Zahl der Verträge stark zu. Dazu zählte etwa der bereits erwähnte Verkauf von 10 000 Eisenbahnwaggons an die DDR. Doch nicht alle Projekte, in die französische Unternehmen investierten, konnten tatsächlich in Aufträge umgewandelt werden. So wurde ein bereits weit gediehenes Projekt zur Lieferung einer Ammoniak-Fabrik in die DDR von einem japanischen Unternehmen übernommen. Der einzige für das Jahr 1971 in Aussicht stehende Großauftrag sah die Erneuerung von Werften in Rostock im Wert von 100 Millionen FF vor. Damit war man insgesamt jedoch noch weit entfernt von den ursprünglich vereinbarten Bestellungen im Wert von zwei Milliarden FF. Zwar blieb der rechtliche Rahmen der Beziehungen auch weiterhin unangetastet, dennoch stellte sich die Frage, ob und in welchem Maße ihre weitere Entwicklung von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen abhing beziehungsweise allein mit verwaltungstechnischen Maßnahmen beeinflusst werden konnte.²³⁰ Mit Zustimmung von Maurice Schumann wurde dennoch eine ganze Reihe von Veränderungen in die Wege geleitet, von denen man sich positive Auswirkungen auf das Wachstum des Exportvolumens versprach. Dazu zählte die fast vollständige Aufhebung der Kontingentierung von Importen aus der DDR (mit lediglich vier Ausnahmen), die Erlaubnis für Günter Mittag, zu Gesprächen mit Vertretern des französischen Wirtschaftsministeriums nach Paris zu reisen, oder auch die Möglichkeit für ostdeutsche Händler und Geschäftsleute, ihre Visa für Frankreich über das BEIF in Ost-Berlin zu beantragen. Andere Maßnahmen, wie die bereits im Dezember 1970 in Aussicht gestellte Einstufung der DDR in die Kategorie 1A der COFACE-Klassifizierung, wurden an weitere umfangreiche Verträge geknüpft.²³¹ Die wohl bedeutendste Neuerung war jedoch die Steuerbefreiung für die Mitarbeiter der DDR-Handelsvertretung in Paris, ein Vorrecht, wie es üblicherweise nur diploma-

²²⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 13. 5. 1971.

²³⁰ Ibid.: „Il n'est évidemment pas simple d'accroître les relations économiques avec un pays que nous ne reconnaissons pas. [...] Cependant, sur le plan strictement économique, ou plus exactement administratif, nous nous montrons entreprenants.“

²³¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 13. 7. 1971 für den Minister; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Essayer de troquer les contrats contre le nouveau classement COFACE, mais en prenant l'initiative de pousser les choses.“

tischem oder konsularischem Personal gewährt wurde.²³² Um von diesen Konzessionen auch in spürbarem Umfang profitieren zu können, bestand Schumann darauf, den Maßnahmenkatalog noch vor der Reise Günter Mittags im September 1971 umzusetzen.²³³ Welchen Einfluss Georges Pompidou auf den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der DDR in dieser Zeit der Normalisierung nahm, ist unklar. Es ist jedoch auffällig, dass sich der Präsident nur wenige Wochen zuvor umfassend über den Zustand der französisch-ostdeutschen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hatte informieren lassen.²³⁴

Die deutlichste Verbesserung versprach man sich jedoch vor allem von den Aktivitäten des BEIF²³⁵, zu dessen Initiativen auch die Organisation von Fachtagungen zählte. So fand im Juni 1971 ein Kolloquium zwischen Vertretern der chemischen Industrie beider Länder statt, um den Weg für eine intensivere Kooperation zu ebnet. Künftig sollten Produkte, die mit französischen Maschinen in der DDR hergestellt wurden, nach Frankreich exportiert werden.²³⁶

Ebenfalls privaten Initiativen geschuldet war die Schaffung eines *Comité économique France-RDA*, das unter der Leitung von Georges Villiers und Gerhard Beil anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1971 erstmals zusammentrat. Hier saßen den Vertretern verschiedener Fachministerien der DDR einflussreiche Verbandsvorsitzende der französischen Wirtschaft und Direktoren einzelner französischer Unternehmen gegenüber.²³⁷ Nach einer ersten konstituierenden Sitzung wurden bei der zweiten Sitzung im September desselben Jahres in Paris für verschiedene Sektoren (Energiewirtschaft, Elektronik, Textil- und Werkzeugmaschinenbau) Kooperationsprogramme erarbeitet. Die Anwesenheit von Günter Mittag und von Vertretern verschiedener DDR-Ministerien nahm der Leiter der DREE zum An-

²³² Ibid.: „Le ministère des Finances, si nous le lui demandons par lettre confidentielle, est disposé „à ne pas réclamer“ à M. Schramm et à un nombre de ses collaborateurs que nous fixerions le recouvrement de leurs impôts. Cette décision serait naturellement officieuse et le ministère des Affaires étrangères l’ignorerait.“ Handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Accord – à faire immédiatement.“

²³³ Ibid.; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „J’insiste sur la nécessité de faire tout cela avant le 10 septembre.“ Cf. dazu auch ibid., 3105: Note der S/DEUC vom 11. 8. 1971 für den Minister.

²³⁴ ANF, 5 AG 2, 69: Schreiben des MinEF, Kabinett, Calvet, vom 18. 6. 1971 für den Generalsekretär des Élysee, Bernard.

²³⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 13. 5. 1971: „Il semble qu’ils doivent récolter au cours des prochains mois les fruits de cette initiative que l’Administration n’a pas, bien au contraire, découragée.“

²³⁶ Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 9. 6. 1971 für das MAE, S/DEUC; sowie ANF, 19910036, 9: Note vom 28. 9. 1973 über die Beziehungen in der chemischen Industrie für die Direction des études et programmes.

²³⁷ Zusammensetzung: G. de Villiers (président d’honneur du CNPF), F. Peugeot (président de la Fédération des industries mécaniques), R. Pelletier (président du Syndicat général de la construction électrique), P. Sudreau (président de la Fédération des industries ferroviaires), E. Ornhjelm (président de la Chambre syndicale des constructeurs d’automobiles), J. Dollfus (président de l’Union des constructeurs de machines textiles), R. Camus (président-directeur général de la Société CAMUS), H. Journu (Engineering de l’industrie chimique), J. Borduge (directeur commercial de Rhône-Poulenc) sowie R. Maneval (secrétaire général du Comité France-Europe de l’Est); cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 28. 9. 1971.

lass, um Resultate anzumahnen, die den von Frankreich bewiesenen guten Willen rechtfertigen würden.²³⁸ Die französische Industrie ließ sich von der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation der DDR (die ihre Devisen für den Import landwirtschaftlicher Produkte benötigte) offensichtlich nicht beeindrucken. Im Gegenteil, die *Fédération des industries mécaniques et transformatrices des métaux* (kurz FIMTM) erklärte sich im Rahmen der Gespräche dazu bereit, einen ihrer Mitarbeiter zwecks Verstärkung des BEIF nach Ost-Berlin zu entsenden. Auch der französische Staat beteiligte sich an dieser Initiative, indem er einen Teil der zusätzlichen Personalkosten übernahm. Die Kritik der Bundesrepublik an der Arbeit des Komitees wurde mehr oder weniger kommentarlos zur Kenntnis genommen.²³⁹

Innerhalb des *Comité économique France-RDA* wurden zudem Arbeitsgruppen geschaffen, die sich speziell der Kooperation in den Bereichen des Maschinenbaus, der chemischen Industrie, der Elektrotechnik und der Elektronik widmeten. Neben den Sitzungen dieser Arbeitsgruppen, die nach Fachbereichen untergliedert jeweils parallel zu den Sitzungen des Komitees tagten, wurden weitere Arbeitssitzungen mit größeren Delegationen französischer Ingenieure zu Themen abgehalten, die für die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern ebenfalls von besonderem Interesse waren: Im März 1972 war dies die Eisenbahnindustrie und im Dezember desselben Jahres die Herstellung von Armaturen für Industrieanlagen („robinetterie“).²⁴⁰

Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation der DDR, die eine signifikante Erhöhung des Exportvolumens auch weiterhin verhinderte, wurde das Protokoll für das Jahr 1971 nach kurzen Verhandlungen ohne Veränderungen – sowohl in Bezug auf den Inhalt als auch auf das Prozedere – neu aufgelegt.²⁴¹ Die an weitere Bestellungen geknüpfte Gewährung neuer Zugeständnisse blieb damit aus. Dies betraf insbesondere die Unterzeichnung des Protokolls durch einen Mitarbeiter der DREE, die nach Zustimmung Maurice Schumanns erstmalig möglich gewesen wäre.²⁴²

Anfang Mai 1972 fanden am Rande der dritten Sitzung des *Comité économique France-RDA*, das im Rahmen einer in Paris veranstalteten *Semaine technique de la RDA* zusammentrat, erneut Gespräche über das Handelsprotokoll für das laufende Kalenderjahr statt. Um diese Veranstaltung leiten zu können, wurde auch dem Minister für Außenhandel der DDR, Horst Sölle, erstmalig ein Visum für die Einreise nach Frankreich gewährt.²⁴³ Sölle wie auch sein Stellvertreter Beil nutzten ihren Aufenthalt indes vor allem zu Gesprächen im Wirtschaftsministerium und

²³⁸ Ibid.: Note der DAEF vom 28.9.1971: „Notre pays montrait pourtant sa volonté de rapprochement avec la RDA dans le domaine économique et avait l'intention de poursuivre dans cette voie, mais il fallait souhaiter que les résultats plus encourageants interviennent avant la fin de l'année.“

²³⁹ Ibid.

²⁴⁰ CAEF, DREE, B 60400/1: Note der FIMTM vom 25.2.1974.

²⁴¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 16.12.1971.

²⁴² Ibid.: Note der DAEF vom 29.11.1971 für das Kabinett; handschriftl. Anmerkung Schumanns.

²⁴³ Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 17.2.1972.

parallel dazu mit Vertretern der französischen Industrie im Rahmen des *Comité économique*. Hier ging es unter anderem um die Beteiligung französischer Unternehmen am Bau neuer Kraftwerke in der DDR. Daneben nahm Sölle die Gelegenheit wahr, den Pavillon der DDR auf der Pariser Messe zu besichtigen. Mit 1000 Quadratmetern war er einer der umfangreichsten der gesamten Messe. Selbst Wirtschaftsminister Valéry Giscard d'Estaing ließ sich bei seinem Rundgang einen Besuch nicht nehmen.²⁴⁴ Während im Bundestag die Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge stockte, demonstrierte die DDR in Paris mithin ihr internationales Prestige auf dem Feld der Wirtschaft. In dieser Situation kam zwar auf privatwirtschaftlicher Ebene ein *Programme de coopération économique, scientifique et technique* über mittelfristige Ziele und Aktivitäten des *Comité économique* bis 1973 zustande²⁴⁵; die Verhandlungen über das Handelsprotokoll im französischen Wirtschaftsministerium wurden jedoch ausgesetzt, um die Ratifizierung der Ostverträge nicht unnötig zu gefährden.²⁴⁶

Das Inkrafttreten der Ostverträge und des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin verstärkte noch den Schwebезustand, in dem sich die französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen 1972 befanden: Je mehr die diplomatische Anerkennung für die DDR in greifbare Nähe rückte, desto weniger wollte sie sich mit einem inoffiziellen Handelsabkommen zufriedengeben. Da die Entwicklung des Handels gewisse Veränderungen notwendig machte, wurden die Verhandlungen im Juni wieder aufgenommen, blieben aber ergebnislos.²⁴⁷ Noch im selben Monat traf sich daraufhin erneut das *Comité économique* in Berlin. Aber erst die Fortsetzung der Verhandlungen im September 1972 brachte schließlich die dringend notwendige Aktualisierung des Handelsprotokolls. Zwar wies die Handelsbilanz in den Jahren 1970 bis 1972 ein deutliches Plus für Frankreich aus, auch hatte sich das globale Handelsvolumen im selben Zeitraum verdoppelt, dennoch war die Entwicklung der Beziehungen aus französischer Sicht im Verhältnis zu den bislang gewährten Privilegien und Zugeständnissen unzureichend. Denn obwohl mehrere Großprojekte gründlich geprüft worden waren, war seit Juni 1970 kein größerer Vertrag mehr zustande gekommen. Für 1973 zeichnete sich deshalb ein beträchtlicher Rückgang des Exportvolumens ab. Da die DDR gleichzeitig erheblich von der Aufhebung der Kontingentierung profitierte, ging dies für Frankreich zwangsläufig mit einer defizitären Handelsbilanz einher.²⁴⁸

Am 1. April 1973, zwei Wochen nach Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin, stellte das BEIF seine Aktivitäten ein, und auch das *Comité économique France-RDA* kam nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten zu keinen weiteren Sitzungen mehr zusammen. Dagegen wurden die in diesem Rahmen geplanten privatwirtschaftlichen Initiativen auch nach dem 9. Februar 1973 noch realisiert. Dazu zählte in erster Linie die im Juni 1973 in Ost-

²⁴⁴ Ibid.: Note der DAEF vom 12. 5. 1972.

²⁴⁵ Ibid.: Note der DAEF vom 12. 5. 1972; sowie *ibid.*: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 15. 7. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

²⁴⁶ Ibid.: Note der DAEF vom 15. 6. 1972.

²⁴⁷ Ibid.: Note der DAEF vom 6. 6. 1972.

²⁴⁸ Ibid.: Note der DAEF vom 9. 10. 1972.

Berlin stattfindende *Semaine technique française*, mit der man den Export französischer Technologie zu stimulieren suchte. Bereits im November 1972 hatte die DREE für diese Veranstaltung eine finanzielle Unterstützung bewilligt.²⁴⁹ Treibende Kraft war die FIMTM, deren Mitglieder dem ostdeutschen Markt nach der Entwicklung der letzten Jahre besondere Aufmerksamkeit widmeten.²⁵⁰ Denn während die französisch-sowjetischen Handelsbeziehungen in den Bereichen Maschinenbau und Metallverarbeitung zwischen 1970 und 1972 stagnierten, durchliefen die französisch-ostdeutschen Beziehungen im selben Zeitraum eine spektakuläre Entwicklung. 1972 hatte der Handel mit der DDR in diesen Bereichen den Handel mit der UdSSR sogar überrundet. Welchen Stellenwert diese Bereiche innerhalb der französisch-ostdeutschen Beziehungen mit Unterstützung der FIMTM erlangt hatten, wird auch daran ersichtlich, dass er 1972 drei Viertel aller Exporte in die DDR ausmachte.²⁵¹

*Entwicklung des Handels in den Bereichen Maschinenbau und Metallverarbeitung*²⁵²

in Mill. FF	Französische Exporte		Französische Importe		Volumen insgesamt	
	DDR	UdSSR	DDR	UdSSR	DDR	UdSSR
1970	200,6	521,1	60,0	63,0	260,6	584,1
1971	365,2	448,5	76,2	48,3	441,4	496,8
1972	525,8	509,6	80,6	48,0	606,4	557,6

Um den auch gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz erarbeiteten Vorsprung auf diesem Feld nicht zu verspielen, rief der Vertreter der FIMTM im BEIF seinen Verband im Januar 1973 zu besonderer Eile bei der Organisation der *Semaine technique française* auf.²⁵³ Frankreich war das erste westliche Land, das eine solche Initiative ergriffen hatte, und es wurde wohl befürchtet, dass ihre Wirkung nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in gewisser Weise ins Leere laufen würde. Das Programm der Veranstaltung wurde ganz auf die Bedürfnisse des ostdeutschen Marktes abgestellt. Im Vorfeld hatte man dem Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR eine Liste mit möglichen Themen für Vorträ-

²⁴⁹ CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben der FIMTM, Boulnois, vom 12. 12. 1972 an das BEIF; sowie *ibid.*: Schreiben des CNCE vom 20. 12. 1972 an das BEIF: „Cette action a été inscrite pour répondre à la demande pressante de 27 adhérents de la FIMTM fortement appuyée par vous-même.“

²⁵⁰ *Ibid.*: Note der FIMTM vom Mai 1973: „L’organisation d’une semaine technique en DDR répond aux vœux exprimés par la mécanique française et traduit l’attention particulière qu’elle porte à ce pays industriel en rapide développement. Cet intérêt des industries françaises trouve notamment son expression dans le fort accroissement des échanges enregistrés au cours des dernières années et dans l’intensification des relations économiques et industrielles entre la France et la RDA dans le domaine de la mécanique et de la transformation des métaux.“

²⁵¹ *Ibid.*: „Le remarquable développement des échanges entre la France et la RDA est pour une grande part le fruit de l’intensification des relations économiques et industrielles entre les deux pays à laquelle les industries mécaniques françaises ont notablement contribué.“

²⁵² *Ibid.*

²⁵³ CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben des BEIF, Meyer, vom 5. 1. 1973 an die FIMTM, Boulnois.

ge unterbreitet, aus denen bis Ende Mai fünfunddreißig ausgewählt wurden. Von den französischen Unternehmen war Creusot-Loire besonders stark vertreten.²⁵⁴ Auch in den folgenden Jahren nahm die FIMTM regen Anteil am Ausbau der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen. Einem nahtlosen Übergang in diesem Bereich der Beziehungen vor und nach dem 9. Februar 1973, also im Übergang von inoffiziellen zu offiziellen Wirtschaftsbeziehungen, war es in besonderem Maße dienlich, dass der in den Diensten der FIMTM stehende Mitarbeiter des BEIF im März 1973 als Handelsattaché der neu eröffneten französischen Botschaft in Ost-Berlin berufen wurde.²⁵⁵

2. Strukturelle Kontinuität im Übergang zu den offiziellen Wirtschaftsbeziehungen

Lange Zeit auf sich allein gestellt, fanden französische Unternehmen Mittel und Wege, um mit der DDR ins Geschäft zu kommen. Mit der zunehmenden Modernisierung der ostdeutschen Industrie und der Intensivierung des innerdeutschen Handels seit 1967 wuchs auch in Frankreich das Interesse an Handel und wirtschaftlicher Kooperation mit dem zweiten deutschen Staat. Zudem vergrößerte sich mit der zunehmenden Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen auch der Handlungsspielraum französischer Unternehmen und Verbände. Davon zeugt die Etablierung einer Vertretung der französischen Industrie in Ost-Berlin. Ohne die Unterstützung der französischen Außenpolitik hätten privatwirtschaftliche Initiativen freilich nicht realisiert werden können. Dafür waren es im Gegenzug die infolge der Reise von George Villiers im September 1969 in privatwirtschaftlicher Regie geschaffenen Strukturen, die Frankreich einen reibungslosen Einstieg in Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR auf offizieller Ebene ermöglichten.

Vom BEIF zum *Service d'expansion économique*

Knapp anderthalb Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR wurde im *Quai d'Orsay* erstmals darüber nachgedacht, wie das BEIF in die offizielle französische Außenhandelspolitik integriert und ohne größere Schwierigkeiten in eine offizielle Handelsvertretung umgewandelt werden könnte: Die DREE sollte einen Handelsrat entsenden, Astolfi als ehemaliger Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums zum Handelsattaché ernannt werden und der Vertreter der FIMTM sollte seinen Status als Beamter des *Ministère du Développement industriel et scientifique* wiedererlangen. Man stand quasi in den Startlöchern – bereit zu handeln, wenn es die Situation erlauben würde.²⁵⁶ Die

²⁵⁴ Ibid.: Note der FIMTM vom 30. 5. 1973.

²⁵⁵ Ibid.: Note der FIMTM vom 25. 2. 1974.

²⁵⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 4. 10. 1971: „Notre position actuelle offre en tout état de cause la possibilité d'une évolution rapide au moment où nous l'estimerons souhaitable.“

Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen und die Gewährung weitgehender Konzessionen betrachtete man in dieser Zeit als eine Art Vorschuss auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nach der Aufnahme offizieller Beziehungen. Man hoffte, dass sich die Vorreiterfunktion auszahlen und Frankreich einen Vorsprung gegenüber anderen westeuropäischen Staaten verschaffen würde (insbesondere gegenüber Italien, Großbritannien, den Niederlanden und Österreich, denen Frankreich im Handel mit der DDR bislang unterlegen war).²⁵⁷

Als ein für die Bundesregierung leichter zu akzeptierender Zwischenschritt war auch die Umwandlung des BEIF in eine Vertretung des CNCE im Gespräch. Urheber dieser Idee war niemand anderes als der westdeutsche Außenminister Walter Scheel. Für seinen Amtskollegen Maurice Schumann bot dieser Vorschlag den großen Vorzug, dem Drängen der parlamentarischen Mehrheit in der Nationalversammlung auf Ausbau der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen nachgeben zu können, ohne den rechtlichen Rahmen der Beziehungen verlassen zu müssen.²⁵⁸ Spätere Kritik des westdeutschen Außenministeriums an diesem Vorschlag wurde deshalb mit entsprechender Schärfe zurückgewiesen.²⁵⁹ Seine Realisierung scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die DDR. Im *Quai d'Orsay* nahm man an, dass die DDR den tieferen Sinn dieses Angebots – nämlich die Schaffung eines Büros für wirtschaftliche Expansion, wie es üblicherweise in einer Botschaft existiert – nicht verstanden habe.²⁶⁰ Grundsätzlich sah sich die um eine praktische Verbesserung der Situation bemühte französische Außenpolitik jedoch seit 1971 in den Wirtschaftsbeziehungen immer stärker konfrontiert mit dem auf die offizielle Anerkennung ausgerichteten Streben der DDR, die immer weniger mit partiellen Erleichterungen zufriedenzustellen war. Ebenfalls nicht möglich, allerdings aus Gründen, die mit der Bedeutung des Besatzungsstatus der Stadt für die französische Außenpolitik zusammenhängen, war eine Versetzung des in West-Berlin stationierten Handelsrates nach Ost-Berlin.²⁶¹

Nachdem der Bundestag die Ostverträge ratifiziert hatte, erhielt der Leiter der DREE die Erlaubnis, für Gespräche über den Ausbau des BEIF im Juni 1972 nach

²⁵⁷ Ibid.: „Les efforts qui ont été faits depuis le début de l'année pour améliorer nos relations économiques avec la RDA continuent à nous situer à l'avant-garde parmi les pays occidentaux.“

²⁵⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Telegramm aus Niamey, Schumann, vom 25. 1. 1972 für MAE, Lemerle: „En tout cas, notre décision, loin de traduire une modification fondamentale, procède au contraire du refus délibéré de modifier fondamentalement les choses, tant que les négociations interallemandes n'auront pas abouti. C'est pourquoi elle ne saurait être ni révocable ni négociable.“ Cf. auch ibid.: Note der DAEF vom 29. 11. 1971 für das Kabinett; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Je m'en tiens pour le moment à l'antenne du CNCE, je n'exclus pas une autre formule: deux conseillers commerciaux (un à l'Ouest, l'autre à l'Est), Boyer parle d'un transfert?“

²⁵⁹ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphanth, vom 31. 1. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

²⁶⁰ Ibid.: Note der DAEF vom 16. 12. 1971: „Il s'agissait pourtant, sous l'étiquette provisoire du CNCE, d'organiser un véritable poste de l'expansion économique qui serait dirigé par un conseiller commercial bien choisi et résidant en RDA.“

²⁶¹ Ibid.: Note der DEU, Arnaud, vom 30. 11. 1971 für das Kabinett: „Il est en tout cas essentiel que la création d'un poste commercial à Berlin-Est n'apparaisse en rien comme une mesure effectuée au détriment de Berlin-Ouest.“

Ost-Berlin zu reisen. Mit dem Einverständnis von Maurice Schumann wurde vorgeschlagen, dass die DREE jeden Monat für zehn Tage einen Mitarbeiter nach Ost-Berlin entsenden sollte.²⁶² Unter den möglichen Varianten galt nur diese als wirklich praktikabel. Ein weiterer Vorzug dieser Lösung war die Vermeidung jeglicher Vermengung mit den französisch-westdeutschen Handelsbeziehungen, wie sie das Wirken des ansonsten in West-Berlin tätigen Handelsrates in Ost-Berlin mit sich gebracht hätte. Der französische Vorschlag wurde von ostdeutscher Seite positiv aufgenommen, obwohl er mit Rücksicht auf die Bundesrepublik keine Statusveränderung des BEIF implizierte. Trotz aller politischen Vorsichtsmaßnahmen, die der Wahrung des rechtlichen Rahmens dieser Beziehungen dienten, wurde das französische Wirtschaftsministerium mit diesem Schritt de facto zum offiziellen Teilhaber des BEIF. Aus dem Büro der französischen Industrie wurde fortan für zehn Tage im Monat eine offizielle Handelsvertretung Frankreichs, obwohl alles getan wurde, um einen entsprechenden Eindruck zu widerlegen.²⁶³ Der Bevollmächtigte der DREE, Claude Ménard, nahm seine Arbeit im September 1972 auf und genoss fast umgehend sämtliche Privilegien eines Handelsrates (auch ohne den dazugehörigen Titel). Dazu zählten neben einem Diplomatenpass²⁶⁴ vor allem direkte Kontakte zu den für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zuständigen Ministern und Staatssekretären der DDR. Noch während seiner ersten zehntägigen Amtszeit wurde Ménard zudem vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, empfangen.²⁶⁵ Im Gegenzug wurden auch der DDR-Handelskammer in Paris zahlreiche Privilegien gewährt, die zusammengekommen dem Status einer diplomatischen Vertretung sehr nahekommen.²⁶⁶ Mit der Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin wurde aus dem Bevollmächtigten der DREE ganz offiziell ein Handelsrat, der die Leitung des im Verhältnis zur Größe der Botschaft besonders umfangreich ausgestatteten *Service d'expansion économique* übernahm.

Vom *Comité économique* zum *Accord de coopération*

Parallel zu den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen begannen im Januar 1973 auch die Verhandlungen über die Fortsetzung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unter neuen Vorzeichen. Um dem drohenden Defizit entgegenzuwirken und die Exporte zu stimulieren, drang Maurice Schumann darauf, bei der Unterzeichnung eines bilateralen Kooperationsabkommens

²⁶² Ibid.: Note der DAEF vom 31. 5. 1972; handschriftl. Anmerkung von Schumann: „Oui! M. Chapelle doit (on ne peut pas ne pas) aller au rendez-vous. Il doit s'en tenir à la formule n° 2 dont j'ai parlé à M. Scheel. Les précautions recommandées par la direction politique peuvent fort bien être [prises?] dans ces limites. On peut pour commencer proposer sa formule.“

²⁶³ Ibid.: Noten der DAEF vom 13. 6. und 15. 6. 1972.

²⁶⁴ Ibid.: Note der DAEF vom 21. 11. 1972.

²⁶⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Note vom 20. 9. 1972.

²⁶⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der S/DEUC, Boyer, vom 6. 10. 1972 für das Kabinett: „Bien que toutes ces facilités restent strictement confidentielles, la délégation est-allemande en France va donc disposer des principales facilités accordées aux missions diplomatiques.“

zwischen Frankreich und der DDR keine Zeit zu verlieren. Bedenken der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay*, die eine Unterzeichnung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen für verfrüht hielt, wurden zurückgewiesen.²⁶⁷ Tatsächlich begannen die Verhandlungen jedoch erst Ende Februar 1973, also nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die DDR strebte zwei Abkommen an, ein Abkommen über wirtschaftliche Kooperation und vor allem ein offizielles bilaterales Handelsabkommen, mit dem die bisherigen inoffiziellen Handelsabkommen abgelöst werden sollten. Aber gerade die Aushandlung eines solchen Abkommens, auf das die DDR so viel Wert legte, war für Frankreich aufgrund seiner Verpflichtungen innerhalb der EWG nicht möglich.²⁶⁸ Ein multilaterales Handelsabkommen der EWG mit der DDR scheiterte zunächst und in erster Linie am Widerstand der Bundesrepublik, für die der innerdeutsche Handel unter den bisherigen Konditionen besonders vorteilhaft war.

Basis des innerdeutschen Handels war unverändert das Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen aus dem Jahr 1957. Die aus französischer Sicht anachronistische Situation einer Sonderstellung des innerdeutschen Handels sollte im Zuge der internationalen Anerkennung der DDR und der Veränderungen in der Europäischen Gemeinschaft endlich beendet werden.²⁶⁹ Der wirtschaftliche Nachteil lag nicht nur für Frankreich vor allem in der Umleitung von Waren aus der DDR in einem nicht überschaubaren Ausmaß: Diese gelangten zu Konditionen des innerdeutschen Handels in die Bundesrepublik, bevor sie von dort zu den Konditionen des Gemeinsamen Marktes nach Frankreich oder an andere EWG-Mitglieder weiterverkauft wurden. Diese Situation habe, so die Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay*, auch bisher schon den Regeln der Gemeinschaft widersprochen. Mit der Errichtung einer Freihandelszone am 1. Januar 1973, zu der neben der

²⁶⁷ Ibid.: Note der DAEF vom 12. 1. 1973 für das Kabinett: „L'augmentation des exportations françaises [...] et l'intérêt qu'il y a à profiter des bonnes dispositions créées sur le plan politique devraient nous amener à souhaiter répondre sans tarder au vœu de nos partenaires à conclure très rapidement cet accord.“ Der Passus, mit dem Vorschlag der DAEF noch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen, ist mit der handschriftl. Anmerkung Schumanns „oui“ versehen. Der Passus, in dem der Einwand der S/DEUC vorgetragen und als Alternative die Paraphierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen wurde, war von Schumann durchgestrichen; allgemeine handschriftl. Anmerkung Schumanns: „De toute manière, il nous faut aller de l'avant en prenant soin de tenir les Allemands informés.“

²⁶⁸ Ibid.: Telegramm der DAEF, de Courcel, vom 2. 3. 1973 an Délégalion française auprès des Communautés européennes, Brüssel: „Il convient, dans cette affaire, de faire preuve de prudence afin de ne pas donner l'impression que nous cherchons à remettre en cause nos engagements communautaires et de ménager la susceptibilité des Allemands de l'Ouest.“

²⁶⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Note der DAEF vom 13. 1. 1973: „Dans la détermination de la position que nous devons adopter vis-à-vis de cette situation nouvelle, nos intérêts économiques ne doivent certes pas seuls être pris en considération. Nous devons en effet nous garder sur un plan politique de toute action ou de toute prise de position qui pourrait faire penser que nous ne sommes pas disposés à faciliter l'aménagement des relations entre les deux États allemands. Mais nous ne devons pas davantage accepter que la normalisation de ces relations s'effectue dans des conditions telles qu'elle entraînerait l'extension, dont on ne peut aujourd'hui apprécier ni l'ampleur ni la portée, d'un régime déjà dérogatoire aux règles communautaires.“

EWG auch einige EFTA-Staaten zählten, werde sie jedoch erheblich verschärft.²⁷⁰ Außerdem befürchtete man als Folge des Grundlagenvertrages eine, durch geografische Nähe und gemeinsame Sprache ohnehin begünstigte, verstärkte wirtschaftliche Durchdringung des ostdeutschen Marktes mit westdeutscher Technologie. Zu einer Gefahr werde dies aber erst in Verbindung mit der innerdeutschen Grenze als einer Lücke in der Außengrenze der Freihandelszone. Die Anerkennung der DDR als souveräner Staat sollte deshalb genutzt werden, um die Integrität der Zollunion wiederherzustellen.²⁷¹ Zwar war es der französischen Regierung nicht möglich, das Zusatzprotokoll über den innerdeutschen Handel von 1957 offen infrage zu stellen, weil damit nebenbei auch die deutsche Einheit infrage gestellt worden wäre. Gleichzeitig sollte bei der Bundesregierung aber auch nicht der Eindruck entstehen, Frankreich gebe sich mit der Beibehaltung der gegenwärtigen Situation zufrieden. Anlässlich des nächsten deutsch-französischen Gipfels sollte deshalb nach einer für alle akzeptablen Lösung gesucht werden.²⁷² Als nationales Interesse Frankreichs wurde in dieser Angelegenheit das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes definiert, und das hieß auch: gleiche Bedingungen für alle Beteiligten. In der Sitzung des NATO-Rates vom 20. September 1973 und nicht im Rahmen der EWG einigte man sich schließlich darauf, dass das Zusatzprotokoll von 1957 seine Gültigkeit vollständig behalten solle. Ein multilaterales Handelsabkommen der EWG mit der DDR scheiterte in den folgenden Jahren nicht zuletzt an der französischen Rechtsauffassung, für die ein solches Abkommen mit dem Zusatzprotokoll nicht vereinbar war.²⁷³

Um die Konsequenzen der europäischen Handelspolitik auszugleichen, aufgrund derer ein offizielles bilaterales Handelsabkommen unter den gegebenen Umständen nicht möglich war, verlegte man sich in den Verhandlungen mit der DDR ersatzweise und zu ihrem größten Missfallen auf die Aushandlung eines Kooperationsabkommens.²⁷⁴ Die Unterzeichnung eines solchen Abkommens

²⁷⁰ Ibid.: Note der Direction des Affaires juridiques vom 10. 1. 1973 für den Generalsekretär des MAE: „Et depuis le 1^{er} janvier, c'est sur un marché de neuf États que les produits est-allemands peuvent librement pénétrer. Et, d'autre part, la RFA profite de la situation actuelle dans une mesure qui est mal connue mais qui paraît considérable.“

²⁷¹ Ibid.: Note des MinEF, Direction générale des Douanes et Droits indirects, vom 18. 1. 1973: „L'occasion de la reconnaissance effective de l'existence de la RDA en tant que l'État souverain devrait donc être saisie pour obtenir que toutes les mesures communautaires réglementant les échanges avec les pays tiers soient appliquées à la frontière entre les deux États allemands et que l'intégrité de l'union douanière soit, de ce fait, restaurée.“

²⁷² Ibid.: Note der DAEF vom 13. 1. 1973: „Il s'agirait, en quelque sorte, de réserver d'ores et déjà nos droits, de préserver la situation existante dans les rapports entre les autres pays de la Communauté et la République démocratique allemande et, sans se prononcer à ce stade ni sur le fond ni sur les modalités, de préparer le terrain en vue d'un prochain examen de cette question à Bruxelles de façon à obtenir une solution conforme à nos intérêts communautaires et nationaux.“

²⁷³ Ibid.: Telegramm der Délégation française auprès des Communautés européennes, Brüssel, Burin de Roziers, vom 11. 10. 1974.

²⁷⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bilanz der Handelsbeziehungen Frankreich-DDR seit 1970, erstellt im November 1974: „Cet accord crée un cadre intergouvernemental pour le développement du commerce destiné à pallier les conséquences de la mise en vigueur de la politique commerciale européenne commune à partir du 1^{er} janvier 1973.“

knüpfte die DDR an die Einlösung von zwei nicht ganz neuen Forderungen: die vollständige Aufhebung jeglicher Kontingentierung und die mehrfach in Aussicht gestellte Einstufung der DDR in die Kategorie 1A der COFACE-Klassifizierung.²⁷⁵ Während die Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR nach weiteren Gesprächen am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse ausgesetzt wurden, gelang es Italien bereits Mitte April 1973, ein Kooperationsabkommen mit der DDR zu unterzeichnen und gleichzeitig die Probleme des Handels auf derselben Ebene wie vor 1973 zu klären. Die italienische Lösung war für Frankreich bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende Mai Modell und Ansporn zugleich.²⁷⁶

Trotz des italienischen Vorbildes gestalteten sich die Verhandlungen relativ kompliziert und langwierig. Dies war in erster Linie der politischen Dimension geschuldet, die die DDR den Verhandlungen und dem Abkommen zu geben suchte. Dabei lagen die Schwierigkeiten vor allem in den Details der Formulierung. So bestand die DDR beispielsweise auf der Verwendung der Formel „*échanges commerciaux*“ im Text des Abkommens sowie auf der formellen Gleichstellung mit den anderen Ostblockstaaten.²⁷⁷ Erst die Bereitschaft des französischen Wirtschaftsministers Valéry Giscard d'Estaing, den Vertrag zusammen mit dem Minister für Außenhandel der DDR in Paris zu unterzeichnen, brachte den entscheidenden Durchbruch.²⁷⁸ Zwischen einem Treffen mit Willy Brandt und einer Reise nach Moskau unterzeichnete Giscard, ausgestattet mit einer Vollmacht Michel Joberts, am 19. Juli 1973 den auf zehn Jahre ausgelegten *Accord de coopération économique, industrielle et technique*.

Mit diesem Abkommen wurden die von Villiers geschaffenen Strukturen zur wirtschaftlichen Kooperation auf französischer Seite von der privatwirtschaftlichen auf eine staatliche Ebene überführt. Im Zentrum des Abkommens stand die Schaffung einer *Commission de coopération économique, industrielle et technique France-RDA*, die ihre Arbeit im Oktober 1973 aufnahm. Während die Teilnehmer von ostdeutscher Seite dieselben Minister und Staatssekretäre waren, die bereits seit zwei Jahren im *Comité économique France-RDA* mitgewirkt hatten, setzte sich die französische Delegation nun aus Vertretern der verschiedenen zuständigen Ministerien zusammen.²⁷⁹ Der ostdeutschen Delegation stand mit Gerhard Beil auch weiterhin ein stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR vor; die französische Delegation wurde durch den Leiter der DREE angeführt. In den Gesprächen verständigte man sich unter anderem auf eine Fortführung der Aktivitäten des 1971 gegründeten Komitees. Zu diesem Zweck wurden vor allem die bestehenden Arbeitsgruppen in die neu geschaffene Kommission integriert. Einzige Neuerung war die Teilnahme eines Vertreters der französischen Behörden in jeder Arbeitsgruppe, um deren Arbeit zu koordinieren und den beiden Präsidenten des

²⁷⁵ Ibid.: Note vom 16. 3. 1973.

²⁷⁶ Ibid.: Note der [DAEF] vom 10. 5. 1973 für Brunet: „D'une manière générale il semble que le précédent italien devrait nous inciter à conclure très prochainement dans le domaine commercial et celui de la coopération économique.“

²⁷⁷ Ibid.: Note der DAEF, Prunet-Foch, vom 7. 6. 1973 für Brunet.

²⁷⁸ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 16. 6. 1973.

²⁷⁹ Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 2. 10. 1973 an die franz. Botschaft in Berlin.

Komitees Bericht über ihre Aktivitäten zu erstatten.²⁸⁰ Dementsprechend gab es auch keine Veränderungen hinsichtlich der Sektoren, in denen wirtschaftliche Kooperation angestrebt wurde (insbesondere Maschinenbau/Industrieanlagen, Elektrotechnik/Elektronik und Petrochemie).²⁸¹ Auch bei den Marktstudien und Informationsveranstaltungen sollte die vor 1973 begonnene Arbeit fortgesetzt werden. Zwar verliefen die Gespräche in einer positiven Atmosphäre, der anwesende Handelsrat der französischen Botschaft dämpfte jedoch die Erwartungen an die ostdeutsche Industrie.²⁸²

Tatsächlich war die bei dieser Gelegenheit gezogene Bilanz der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen aus französischer Sicht wenig zufriedenstellend. Gegenüber 1972 hatte sich die Situation eher noch verschlechtert. Umfangreiche Bestellungen blieben auch weiterhin aus, das Exportvolumen war auf das Niveau von 1970 zurückgefallen und hatte sich damit gegenüber dem Vorjahr halbiert. Und da die Importe von Waren aus der DDR auch weiterhin kontinuierlich zunahmen, sah sich Frankreich nicht nur für 1973 mit einer defizitären Handelsbilanz konfrontiert. Einzig die Kontakte von Creusot-Loire erwiesen sich als fruchtbar – im Gespräch war der Bau einer Turbine.²⁸³ Ein anderes Großprojekt, eine Fabrik zur Herstellung von Äthylenoxid, drohte hingegen an die österreichische Konkurrenz verloren zu gehen.²⁸⁴

Die unveränderte Warenstruktur des Handels

Um den Beziehungen neuen Schwung zu verleihen, regte der Geschäftsträger der französischen Botschaft in Berlin, Jacques Jessel, zu Beginn des Jahres 1974 die Teilnahme eines Ministers an der Leipziger Frühjahrsmesse an, auf der Frankreich unverändert einen besonderen Platz einnahm.²⁸⁵ Auch in diesem Fall dienten die

²⁸⁰ Ibid.: Note der DAEF vom 18. 10. 1973.

²⁸¹ Ibid.: Wortprotokoll der Sitzungen der Kommission vom 12. 10. 1973; Sektoren, in denen die Kooperation im Einzelnen angestrebt wurde: industries mécaniques (machines pour la transformation des métaux, machines textiles, équipements pour l'industrie alimentaire, matériels ferroviaires, équipements pour l'industrie automobile, matériel pour les arts graphiques, roulements, matériels de travaux publics, équipements pour l'industrie du verre); électrotechnique et électronique (installations pour la production et le transport de l'énergie électrique, moteurs électriques et génératrices de grande puissance, télévision en couleur); chimie (obtention des dérivés aromatiques à partir de paraffines, désulfuration des produits pétroliers, obtention d'oléfines à partir de paraffines, automatisation de procédés pétrochimiques, extraction de butadiène).

²⁸² Ibid.: Telegramm aus Berlin, Ménard, vom 23. 10. 1973 an die DREE: „Pour encourager que soit l'animation de ces conversations, il faut cependant garder présent à l'esprit que dans une industrie socialiste les ministères de branche industrielle ont toujours une très grande propension à importer, mais des possibilités assez faibles d'imposer au monopole du commerce extérieur la satisfaction de leurs besoins ou de leurs préférences.“

²⁸³ Ibid.: Note der DAEF vom 18. 10. 1973.

²⁸⁴ Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 19. 11. 1973 an die DREE.

²⁸⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 12. 2. 1974 an die DREE.

Bundesrepublik und Italien als Vorbild. Jessel erhoffte sich, auf diese Weise Verträge zum Abschluss zu bringen, bei denen es in letzter Zeit keine Fortschritte gegeben hatte, und darüber hinaus neue Verträge anzubahnen. Dabei ging es nicht allein um die Steigerung des Exportvolumens, sondern auch um die Diversifikation der französischen Exporte in die DDR. Mit einem Besuch auf der Leipziger Messe würden, so Jessel, zudem die Handelsbeziehungen Frankreichs mit ganz Osteuropa als Rahmen der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen bekräftigt.²⁸⁶ Noch im Februar 1974 nahm daraufhin der linksgaullistische Minister für industrielle und wissenschaftliche Entwicklung, Jean Charbonnel, eine entsprechende Einladung an.²⁸⁷ Mit der Kabinettsumbildung Ende Februar verlor jedoch nicht nur Charbonnel seinen Platz in der Regierung, auch die ministeriellen Zuständigkeitsbereiche wurden neu verteilt. Weil der *Quai d'Orsay* befürchtete, dass eine Absage eine weitere Verschlechterung der Handelsbeziehungen zur Folge haben würde, folgte Yves Guéna, nunmehr Minister für Industrie, Handel und Handwerk, mit Zustimmung Georges Pompidous der Einladung.²⁸⁸ Guéna bekräftigte bei seinem Besuch als erster französischer Minister in der DDR, dass die französische Regierung der von Charles de Gaulle definierten Politik treu bleiben werde, die Beziehungen zur DDR mithin als einen Teil ihrer Ost- und Entspannungspolitik betrachte. Seine Anwesenheit auf der Messe und auch seine deutlichen Worte über den Zustand der Beziehungen – er hatte die DDR insbesondere an ihr im Januar 1970 gegebenes Versprechen, Waren im Wert von zwei Milliarden FF in Frankreich zu bestellen, erinnert – zahlten sich aus. Die französischen Aussteller konnten bis zum Ende der Messe Aufträge im Wert von 100 Millionen FF verbuchen.²⁸⁹ Eine weitere Verbesserung der Lage brachte wenig später auch die Wahl des langjährigen französischen Wirtschaftsministers, Valéry Giscard d'Estaing,

²⁸⁶ ANF, 5 AG 2, 1009: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 1. 3. 1974 an die DREE: „En revanche la venue d'un membre du gouvernement pourrait avoir un retentissement très bénéfique sur le développement de nos échanges. En effet, il n'est pas d'occasion meilleure que la Foire de Leipzig pour affirmer à l'égard des pays de l'Est notre volonté de poursuivre en matière économique une politique d'indépendance et de coopération, qui doit favoriser nos ventes de biens d'équipement. La chose est particulièrement nécessaire dans nos relations avec la République démocratique allemande qui, depuis l'établissement des relations diplomatiques avec la France, n'a pas su encore développer et diversifier ses achats de produits français, et en particulier n'a pas encore été en mesure de passer commande de l'un des grands ensembles industriels que nous lui proposons.“

²⁸⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Telegramm der DAEF, Prunet-Foch, vom 20. 2. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

²⁸⁸ ANF, 5 AG 2, 1009: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 1. 3. 1974 an die DREE: „Pour ma part [...] je souhaite vivement qu'un membre du gouvernement français soit à même d'affirmer à la Foire de Leipzig l'intérêt que nous portons au développement de notre coopération économique avec la RDA. Je ne saurais donc trop recommander au département d'insister auprès du nouveau ministre de l'Industrie pour qu'il tienne l'engagement pris par son prédécesseur. Il me paraît en effet très important que cette visite puisse avoir lieu: sa suppression aurait sur nos relations, et notamment dans le domaine économique, un effet fâcheux.“ Handschriftl. Anmerkung Pompidous „oui“; sowie AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Telegramm der DAEF, Prunet-Foch, vom 5. 3. 1974.

²⁸⁹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974 an die DAEF.

zum neuen Präsidenten der Französischen Republik.²⁹⁰ Zwar war der Auftrag für eine Fabrik zur Herstellung von Äthylenoxid an die westdeutsche Konkurrenz verloren gegangen, dafür waren eine weitere Lieferung von 5000 Eisenbahnwaggons für mehr als eine Milliarde FF sowie ein Aluminiumwalzwerk für 12,7 Millionen FF neu im Gespräch.²⁹¹

Der Abschluss dieser Verträge ermöglichte es dem neuen französischen Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, bei seinem ersten Messebesuch in Leipzig im September 1974 gegenüber Erich Honecker ein positives Bild der bilateralen Handelsbeziehungen zu zeichnen.²⁹² Tatsächlich gelang es der DDR, mit dem Vertrag über die erneute Lieferung von Eisenbahnwaggons ihre Verpflichtung hinsichtlich der versprochenen Bestellungen im Wert von zwei Milliarden FF einzulösen – die Vorgabe wurde sogar übertroffen. Die Erwartungen Frankreichs an die wirtschaftliche Kooperation mit der DDR konnten mit diesem Vertrag hingegen nicht erfüllt werden.²⁹³ Aus Sicht des Handelsrates der Berliner Botschaft vermittelte dieser Vertrag sogar den Eindruck, dass die DDR an einer echten Kooperation gar nicht interessiert sei.²⁹⁴ Zentrale Forderungen bei den anstehenden Verhandlungen über ein Zahlungsabkommen mit der DDR waren deshalb eine stärkere Diversifikation der Warenstruktur im Handel mit Frankreich sowie die stärkere Berücksichtigung höherwertiger Waren bei Bestellungen in Frankreich.²⁹⁵ Das Problem der Diversifikation war zu dieser Zeit indes ein grundsätzliches Problem der französischen Außenhandelspolitik, sowohl innerhalb der EWG als auch im Handel mit den Staaten Osteuropas.²⁹⁶

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR brachte keine quantitative und schon gar keine qualitative Verbesserung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Im Gegenteil: Mit Ausnahme der chemischen Industrie lässt sich ein nach 1973 alle Wirtschaftszweige erfassender

²⁹⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 22. 5. 1974 an die DREE: „Il est curieux par ailleurs de constater que, sauf sur le plan culturel, l'élection du président de la République a déclenché un mouvement très net d'approche vers nous.“

²⁹¹ Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 19. 6. 1974 an die DREE; sowie ibid.: Note der DAEF vom 12. 7. 1974.

²⁹² AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Rede von de Chalvron, gehalten im September 1974 auf der Leipziger Messe: „Le premier est que les objectifs fixés par l'arrangement commercial de Janvier 1970 sont dès à présent non seulement atteints mais dépassés. Non seulement le volume des échanges a doublé pendant la période de l'application de l'accord, mais les objectifs plus précis, comme les engagements relatifs à la livraison de biens d'équipement par la France, seront aussi tenus. Ces résultats, nous les devons à la volonté des gouvernements, à un effort permanent des parties intéressées.“

²⁹³ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 11. 9. 1974 für Lallement: „En dépit d'un important et récent achat de la RDA à la France (5000 wagons; 1,1 milliard FF), et peut-être de perspectives d'installations à Berlin-Est d'antennes de sociétés françaises, la coopération économique entre les deux pays est toujours loin de répondre aux espoirs que l'on avait placés en elle.“

²⁹⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 23. 9. 1974 an die DREE.

²⁹⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bilanz der Handelsbeziehungen Frankreich-DDR seit 1970, erstellt im November 1974.

²⁹⁶ ANF, 20060509/6: Protokoll der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 19. 6. 1975.

Rückgang der Beziehungen konstatieren. Der für die Einführung französischer Technologie auf dem ostdeutschen Markt als besonders vorteilhaft angesehene Verkauf von Industrieanlagen oder vollständig einsatzbereiten Fabriken scheiterte trotz finanzieller Anstrengungen des französischen Staates an der dominanten westdeutschen Konkurrenz, die den ostdeutschen Markt in einem viel stärkeren Maße durchdrungen hatte.²⁹⁷ Um etwas an dieser Situation zu ändern, sollten französische Minister auch zukünftig mit ihrer Präsenz auf der Leipziger Messe das Interesse des französischen Staates an wirtschaftlicher Kooperation mit der DDR bekräftigen.²⁹⁸

Zunächst jedoch konnte de Chalvron bei seinem Messebesuch im Herbst 1974 die erste offizielle Reise eines französischen Ministers nach Ost-Berlin ankündigen: Als Minister für Außenhandel erwiderte Norbert Ségard im Juli 1975 den Besuch seines ostdeutschen Amtskollegen in Paris zwei Jahre zuvor. Um die Wirkung dieser Reise auf die Beziehungen zu verstärken, wurde bewusst ein Termin außerhalb der Messezeiten in Leipzig gewählt.²⁹⁹ Begleitet wurde er von je einem Vertreter der DREE und der DAEF sowie von zwanzig hochrangigen Vertretern der französischen Industrie.³⁰⁰ Erklärtes Ziel der Reise war es, aus der DDR als interessantem Partner mit Potenzial einen bedeutenderen und vor allem regelmäßigeren Kunden zu machen.³⁰¹ Ségard unterzeichnete deshalb während seines Aufenthaltes ein weiteres Kooperationsabkommen über fünf Jahre, mit dem das Abkommen von 1973 präzisiert wurde, sowie verschiedene Rahmenvereinbarungen für die einzelnen Sektoren. Den mitgereisten Vertretern der französischen Industrie gelang es parallel dazu, Verträge im Wert von mehr als 500 Millionen FF zu unterzeichnen und neue Großprojekte zu initiieren.³⁰² Besonders erfolgreich waren dabei jene Firmen, die mit der DDR bereits in den 1960er Jahren Geschäfte gemacht hatten, wie Creusot-Loire oder Rhône-Poulenc.³⁰³ Die angestrebte Ver-

²⁹⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bilanz der Handelsbeziehungen Frankreich-DDR seit 1970, erstellt im November 1974: „On ne peut pas dire qu'à cet égard l'effort financier consenti pour aider les entreprises françaises sur ce marché ait obtenu tous les effets que nous pouvions en attendre.“

²⁹⁸ Ibid.: „Enfin, il me paraît nécessaire de souligner que la Foire de Leipzig demeure l'instrument essentiel pour la pénétration du marché de la RDA.“

²⁹⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 20. 1. 1975 an die DREE.

³⁰⁰ Ibid.: Telegramm der DAEF, d'Aumale, vom 26. 6. 1975; vertretene franz. Unternehmen: Arbel Industries, Alsthom, Cifal, Heurtey, Creusot-Loire, Vallourec Export, Citroën, Rhône-Poulenc, Renault, Crédit Lyonnais, Société Générale sowie Pont-à-Mousson.

³⁰¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Bericht von Ségard über seine Reise in die DDR vom [19.7. 1975 für Pompidou: „Partenaire intéressant de notre industrie pour des marchés tiers, la République démocratique allemande doit cependant devenir pour nous, au sein de l'Europe de l'Est, un client plus régulier et plus important. Son haut niveau d'industrialisation et de technicité et la solution trouvée depuis deux ans aux problèmes politiques devraient à bref délai permettre aux efforts que j'ai demandés aux industriels français d'aboutir. Le triplement de nos échanges est un objectif que nous pouvons très raisonnablement atteindre.“

³⁰² AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 10. 7. 1975.

³⁰³ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 28. 4. 1975 an die DREE.

dreifachung des globalen Handelsvolumens wurde allerdings erst in den 1980er Jahren erreicht.

Norbert Ségard traf sich bei dieser Gelegenheit auch mit dem ostdeutschen Außenminister. Im Gespräch mit Oskar Fischer berief er sich, wie auch Guéna bei seinen Gesprächen ein Jahr zuvor, auf die Ost- und Entspannungspolitik de Gaulles als Leitlinie der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und bekräftigte das daraus resultierende politische Interesse an diesen Beziehungen.³⁰⁴

Zwar wies die Handelsbilanz der Jahre 1975 und 1976 ein deutliches Plus für Frankreich aus, auch schnellte das Exportvolumen in diesen Jahren in die Höhe, doch dies war weder Zeichen eines grundsätzlichen Wandels noch ein Erfolg der Reise von Ségard. Es waren die Eisenbahnwaggons, die für zwei Jahre die grundlegenden Probleme in den Beziehungen, wie die Einführung französischer Technologie auf dem ostdeutschen Markt, verschleierte. Das Handelsvolumen der französisch-ostdeutschen Beziehungen war auf 0,3% des gesamten französischen Außenhandels gesunken (zum Vergleich: Anfang der 1970er Jahre lag es noch bei 0,5%).³⁰⁵ Dies war in erster Linie eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und ihres Devisenproblems. Hinzu kamen der steigende Ölpreis und schlechte Ernten. Zum ersten Mal überstiegen die Schulden der DDR in Frankreich mit 1,5 Milliarden FF deutlich das Volumen der aus der DDR importierten Waren. Da obendrein der innerdeutsche Warenverkehr den Großteil der für den Handel mit dem Westen vorgesehenen – und ohnehin geringen – Kapazitäten absorbierte, erschien der Abschluss neuer Verträge mit französischen Unternehmen wenig aussichtsreich.

Während französische Diplomaten ihre Enttäuschung über die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen seit Beginn der 1970er Jahre nur schwer verbergen konnten³⁰⁶, blieb die französische Industrie auch weiterhin optimistisch. Anlässlich der Leipziger Frühjahrmesse 1976 wurden Verhandlungen über zahlreiche neue Großprojekte geführt: darunter der Bau eines Hotels, eines Walzwerks und weiterer petrochemischer Fabriken sowie eine enge Kooperation in der Automobilindustrie. Diese Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von fünf Milliarden FF hätten einen vollständigen Wandel der Beziehungen zur Folge gehabt.³⁰⁷ Um die DDR in die Pflicht zu nehmen und diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sprach sich der Handelsrat der französischen Botschaft in Berlin für eine persönliche Intervention des neuen Ministers für Außenhandel Raymond Barre aus. Eine solche Intervention sei schon deshalb angezeigt, weil man annehmen müsse, dass die DDR einen nicht unerheblichen Teil ihres Außenhandels indirekt mit Krediten aus Frankreich finanziere – besonders aktiv waren hier die

³⁰⁴ „Nous essayons sans doute d’améliorer nos relations économiques là où elles sont médiocres, mais s’il n’y avait pas de volonté politique je perdrais mon temps ici.“ In: AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Protokoll des Gesprächs Fischer-Ségard am 11. 7. 1975.

³⁰⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3076: Note der DAEF vom 11. 3. 1976.

³⁰⁶ Ibid.: Note der DAEF vom 12. 6. 1975 über ein Gespräch Nier-d’Aumale am 11. 6. 1975 im MAE.

³⁰⁷ Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 30. 3. 1976 an die DREE.

Société Générale und der *Crédit Lyonnais*. Der westdeutschen Konkurrenz, so Ménard, solle man mit einer Vereinbarung begegnen: Man könne westdeutschen Unternehmen für eine gewisse Zurückhaltung auf dem ostdeutschen Markt mit Enthaltungen französischer Unternehmen auf dem ebenfalls vielversprechenden spanischen Markt entgegenkommen.³⁰⁸ Die erhoffte Steigerung des Exportvolumens stellte sich indessen erst ganz am Ende der 1970er Jahre ein – parallel zur Lösung schwerwiegender politischer Probleme, die die französisch-ostdeutschen Beziehungen seit 1973 belastet hatten.

³⁰⁸ Ibid.: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Berlin, Ménard, vom 31. 3. 1976 an die DREE.